

# Protokoll

## des Einwohnerrates Zofingen

### Amtsperiode 2010/13

#### 1. Sitzung vom Montag, 18. März 2013, 18.00 – 20.17 Uhr im Stadtsaal

##### Vorsitz

Thomas Bühler, Ratspräsident

##### Protokollführer

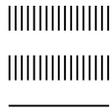
Arthur Senn, Stadtschreiber

##### Anwesend

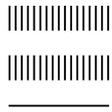
- 38 Mitglieder des Einwohnerrates
- 5 Mitglieder des Stadtrates
- Bereichs- und Abteilungsleitende der Stadtverwaltung

##### Entschuldigungen

- Annegret Dubach, Frau Vizeammann
- Rolf Moor, Stadtrat
- Renata Siegrist, Einwohnerrätin
- Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin



<b>Traktandenliste</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Inpflichtnahmen</b>	489
Inpflichtnahme von Gabriela Nauer (DYM/parteilos), Rudolf Günthardt (FDP) und Liliane Hofer (SP)	
<b>2. Mitteilungen</b>	490
<b>3. Ersatzwahlen</b>	491
GK 150 Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2010/13 (Ersatz für Thomas Valko, FDP, und Robert Weishaupt, DYM)	
<b>4. Einbürgerungen</b>	
GK 151	491
Andrejic Marija, 1981, serbische Staatsangehörige, Kirchplatz 18	
GK 152	491
Esposito Deborah Sharon, 1997, italienische Staatsangehörige, Rebbergstrasse 9d	
GK 153	491
Ridgway Catherine Jean, 1969, britische Staatsangehörige, Wannenweg 12, Mühlethal	
GK 154	491
Wunn Konrad Erwin, 1965, mit Ehefrau Haberstroh-Wunn geb. Haberstroh Heike, 1969, deutsche Staatsangehörige, Frikartstrasse 2	
<b>5. Überarbeiteter Voranschlag 2013</b>	492
GK 148 Überarbeiteter Voranschlag 2013 (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2013 sowie Investitions- und Finanzpläne 2013 – 2017 der Einwohnergemeinde Zofingen	
<b>6. Kreditbewilligungen</b>	504
GK 149 Abwasserbeseitigung – Bewilligung eines Rahmenkredites 2013 für die Sanierung von Abwasserleitungen (Umsetzung GEP)	
<b>7. Umfrage</b>	505



## Begrüssung

Hr. **Thomas Bühler**, Ratspräsident, eröffnet die Sitzung pünktlich und begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, die Damen und Herren des Stadtrates, den Ratssekretär, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne. Insbesondere begrüsst der **Vorsitzende** die leitenden Angestellten der Stadtverwaltung, da nochmals der Voranschlag 2013 behandelt wird.

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, dass sich für die heutige Sitzung Renata Siegrist, Yolanda Senn Ammann, Frau Vizeammann Annegret Dubach und Stadtrat Rolf Mohr entschuldigt haben. Rafael Lippuner wird etwas verspätet eintreffen. Anwesend sind zurzeit **37 Ratsmitglieder**, der Rat ist somit **verhandlungsfähig**.

Der **Ratspräsident** stellt die Traktandenliste zur Diskussion. Nachdem kein Einwand erhoben wird, können die Geschäfte in der vorgesehenen Reihenfolge behandelt werden.

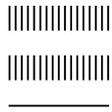
Auf Bitte von Frau Vizeammann Annegret Dubach verliest der **Ratspräsident** noch folgende Zeilen: „Ich grüsse alle im Saal Anwesenden von Herzen. Dass ich heute Abend an dieser wichtigen Sitzung nicht dabei sein kann, bedaure ich sehr. Es geht mir schon wesentlich besser, ich komme zur Ruhe und baue mich auf. Zum Glück bin ich in sehr guten Händen. Für mich wird wunderbar gesorgt, was ich sehr zu schätzen weiss. Die Auszeit soll einerseits dazu dienen, mich zu erholen. Andererseits soll sie den Raum geben, um mich zu stärken, damit ich die Aufgaben, die mich so sehr erfüllen, wieder zu meiner vollsten Zufriedenheit und ohne Gefahr einer erneuten Schwäche ausführen kann. Dass ich aus meinem Alltag herauskatapultiert worden bin, war ein Schock. Mittlerweile bin ich sehr dankbar, dass meine Ärztin die Notbremse gezogen hat. Nach meinen Stadtratsjahren will ich mein Leben ganz bewusst ruhiger angehen. Darauf freue ich mich sehr. Allmählich spüre ich auch, dass ich die Kraft für mein Amt noch einmal aufbringen kann. Das freut mich noch viel mehr. Lassen Sie mich auf diesem Weg öffentlich von Herzen danken für all die lieben Zeichen, die mir in den vergangenen Wochen in verschiedenen Formen geschickt wurden und mich sehr berühren. Sie tragen zu meiner Genesung bei. Sie tun mir einfach gut. Auf ein Wiedersehen mit Allen freue ich mich schon heute. In Verbundenheit Aki Dubach.“

Der **Präsident** wünscht auf diesem Weg Frau Vizeammann Annegret Dubach viel Kraft, viel Geduld und natürlich gute Gesundheit. Er hofft, dass sie bald wieder mit dabei sein kann. Stadtrat Rolf Moor kann infolge eines Treppensturzes nicht anwesend sein. Auch ihm wird gute Besserung und schnelle Erholung gewünscht.

## Art. 131

### Inpflichtnahmen

Der **Vorsitzende** bittet die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Gabriela Nauer (DYM/parteilos), Rudolf Günthardt (FDP) und Liliane Adeline Hofer (SP) für die Inpflichtnahme vor den Stadtrat zu treten. Alle Anwesenden, inkl. Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, werden gebeten, sich während der Inpflichtnahme von ihren Plätzen zu erheben.



Der **Ratssekretär** verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

Die drei gewählten Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Gabriela Nauer (DYM/parteilos), Rudolf Günthardt (FDP) und Liliane Adeline Hofer (SP) leisten das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte: „Ich gelobe es.“

Der **Vorsitzende** dankt den drei neuen Mitgliedern des Einwohnerrates für ihre Bereitschaft, im Einwohnerrat mitzuwirken und wünscht ihnen viel Freude, Geduld und Durchhaltevermögen bei der verantwortungsvollen Arbeit.

### Mitteilungen

Der **Ratspräsident** gibt die Abstimmungsergebnisse des Zusammenschlussprojekts Zofingen - Uerkheim bekannt. In Zofingen sind 7'639 Stimmberechtigte registriert; brieflich abgestimmt haben 2'806; ungültig davon waren 41; insgesamt waren 2'923 Stimmrechtsausweise gültig. Bei einer Stimmbeteiligung von 38,26 % waren 1'255 Ja-Stimmen sowie 1'647 Nein-Stimmen zu verzeichnen (19 Stimmzettel waren leer). In Uerkheim sind 1'001 Stimmberechtigte registriert; ungültig brieflich abgestimmt haben 9; gültig eingereicht wurden 656 Stimmrechtsausweise. Nach Abzug von 4 leeren Stimmzetteln fielen 652 Stimmzettel in Betracht. Davon stimmten 319 Personen Ja, 333 Personen stimmten Nein.

Das **Protokoll** der Einwohnerratssitzung vom **17. September 2012** liegt auf. Einwände sind innert 10 Tagen dem Ratsbüro schriftlich einzureichen. Die zwei ausstehenden Protokolle vom Oktober und November werden in den nächsten Monaten noch zugestellt.

Das **Ratsbüro** hat den Entscheid gefällt, künftig die Protokolle des Einwohnerrates als PDF-Datei per E-Mail zuzustellen, damit Papier und weitere Kosten eingespart werden können. Gleichzeitig werden die Protokolle auf der Homepage aufgeschaltet. Auf Wunsch erfolgt die Zustellung weiterhin in Papierform.

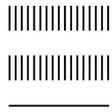
Als **Tischauflage** findet sich an den Sitzplätzen eine geothermische Übersichtskarte (Geothermische Möglichkeiten im Kanton Aargau) des Vereins Geothermische Kraftwerke Aargau (VGKA).

### Neueingänge

Folgender parlamentarische Vorstoss ist neu eingegangen:

- Interpellation glp „Abstimmungsbroschüre – Information oder Propaganda?“ .

**Robert Weishaupt** (DYM) hat seine Demission als Mitglied der FGPK eingereicht. Die Ersatzwahl ist bereits für heute traktandiert. Für die durch den Rücktritt von **Thomas Valko** (FDP) entstandene Vakanz im Wahlbüro wird auf eine Ersatzwahl für den Rest des Jahres verzichtet.



Art. 132

**GK 150**

**Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2010/13 (Ersatz für Thomas Valko, FDP, und Robert Weishaupt, DYM)**

Der Vorsitzende hält einleitend fest, dass der Ratsweibel die Wahlzettel verteilen und wieder einsammeln wird. Für das Wahlbüro werden Rafael Lippuner (SP), welcher inzwischen eingetroffen ist (es sind somit **38 Einwohnerratsmitglieder** anwesend), Christina Mülchi (SVP), Elvira Züger, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei, und der Ratsweibel vorgesehen. Gegen die Zusammensetzung des Wahlbüros wird nicht opponiert. Die Wahlzettel wurden bereits mit den Namen vorbereitet. Vorgeschlagen sind Dominik Gresch (DYM/glp) und Andreas Rügger (FDP), welcher seine Arbeit in der FGPK bereits aufgenommen hat. Nachdem die Wahlzettel ausgefüllt und eingesammelt wurden, werden diese durch das Wahlbüro ausgezählt. Der Rat setzt in dieser Zeit die Beratungen fort.

**Die beiden Vorgeschlagenen werden mit je 38 Stimmen als Mitglieder der FGPK gewählt.**

Art. 133

**Einbürgerungen**

**GK 151**

**Andrejic Marija, 1981, serbische Staatsangehörige, Kirchplatz 18**

**GK 152**

**Esposito Deborah Sharon, 1997, italienische Staatsangehörige, Rebbergstrasse 9d**

**GK 153**

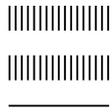
**Ridgway Catherine Jean, 1969, britische Staatsangehörige, Wannenberg 12, Mühlethal**

**GK 154**

**Wunn Konrad Erwin, 1965, mit Ehefrau Haberstroh-Wunn geb. Haberstroh Heike, 1969, deutsche Staatsangehörige, Frikartstrasse 2**

Der **Präsident** erklärt, dass die Geschäfte GK 151 bis GK 154 gemeinsam beraten werden, jedoch einzeln darüber abgestimmt wird.

Herr **Marcel Thüler**, SP, informiert als Sprecher der FGPK, dass die Geschäfte diskutiert wurden. Hauptsächlich das Geschäft GK 151 Andrejic Marija gab zu ein paar Fragen Anlass. Es ging vor allem um ein Arbeitszeugnis, in welchem auf einen Konflikt mit dem Arbeitgeber hingewiesen wurde und mit diesem verknüpft auch eine Angelegenheit betr. einer Mietsache ebenfalls im Zusammenhang mit dieser Anstellung. Der Stadtammann konnte diese Fragen zufriedenstellend beantworten und damit konnte diese Diskussion beendet werden. Die FGPK hat daher der Einbürgerung von Andrejic Marija mit 8:0 Stimmen zugestimmt.



Ebenfalls einstimmig und vorbehaltlos zur Einbürgerung vorgeschlagen werden von der FGPK Espo-  
posito Deborah Sharon, Ridgway Catherine Jean sowie Wunn Konrad Erwin mit Ehefrau Haberstroh-  
Wunn Heike.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist und zu den Einbürgerungen das Wort nicht weiter gewünscht  
wird, lässt der **Vorsitzende** über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

GK 151

Andrejic Marija, 1981, serbische Staatsangehörige, Kirchplatz 18

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 33:2 Stimmen zugestimmt.**

GK 152

Esposito Deborah Sharon, 1997, italienische Staatsangehörige, Rebbergstrasse 9d

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.**

GK 153

Ridgway Catherine Jean, 1969, britische Staatsangehörige, Wannenberg 12, Mühlethal

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.**

GK 154

Wunn Konrad Erwin, 1965, mit Ehefrau Haberstroh-Wunn geb. Haberstroh Heike, 1969, deutsche  
Staatsangehörige, Frikartstrasse 2

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.**

Der **Vorsitzende** gratuliert den Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern ganz herzlich.

**Art. 134**

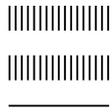
**GK 148**

**Überarbeiteter Voranschlag 2013 (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) inkl.  
Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2013 sowie Investitions- und Finanzpläne  
2013 – 2017 der Einwohnergemeinde Zofingen**

Der **Präsident** führt aus, dass diese zweite Beratung des Voranschlages dazu dient, den Willen des  
Volkes umzusetzen. Er dankt allen leitenden Angestellten für die geleistete grosse Arbeit. Auch sie  
mussten diese zum zweiten Mal erledigen.

Hr. **Marcel Murri**, SP, Präsident der FGPK, macht einleitend einige Bemerkungen allgemeiner Art  
und will anschliessend auch bei den Details eher übergeordnet bleiben. Er stellt fest, dass bei der  
Hinfahrt zur Sitzung der Voranschlag bereits im Regionaljournal ein Thema war. Es wurde auch ver-  
sprochen, dass morgen nochmals im Radio darüber berichtet wird.

Bei der Rückschau auf die Termine, die sich der Präsident der FGPK notiert hat, bewahrheitet es  
sich sehr – dies wurde bereits am 22. Oktober 2012 erwähnt – dass es müssig ist zu spekulieren, ob

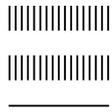


man zu früh oder zu spät mit der politischen Diskussion um den Voranschlag begonnen hat. Der Voranschlag wurde an der Urne zurückgewiesen. Aber wenn man zurückblickt zeigt sich Folgendes: Am 28. Februar 2013 hat die FGPK den überarbeiteten Voranschlag 2013 gutgeheissen – dies vorgeleg. Am 14. März 2013 wurde die Rechnung 2012 der FGPK zur Prüfung vorgelegt und in wenigen Tagen wird bereits über das Budget 2014 diskutiert werden müssen. Es handelt sich um ein sehr kompaktes Programm, das ist sehr speziell, es läuft etwas. Im kantonalen Vergleich ist dies sehr aussergewöhnlich. Vermutlich ist es in Zofingen bisher noch nie vorgekommen, dass man das Budget 2013, die Rechnung 2012 und das Budget 2014 praktisch gleichzeitig diskutiert. Es stellt sich die Frage, ob das wirklich nötig ist. Wenn man die Ausgangslage betrachtet, ist es eine sehr sinnvolle Übung. Vor allem, wenn man die Rechnung 2012 genauer anschaut. Es ist absolut zweckmässig, die Zahlen im Auge zu behalten. Bereits im Oktober wurde darauf hingewiesen, dass man das Augenmass behalten müsse. Man muss alle 3 Finanzinstrumente im Auge behalten, da ein grosser Zusammenhang besteht. Gewisse Sachen sind auch nur verständlich, wenn man die Details anschaut und eine entsprechende Hochrechnung anstellt. Als Wichtigstes muss noch erwähnt werden, dass Zofingen gemäss Rechnung 2012 noch eine Belastbarkeit von CHF 500'000.– ausweist. Man kann an 10 Fingern abzählen, was mit diesem Betrag noch bewegt werden kann. Zofingen ist auf der Suche nach CHF 4 bis CHF 5 Mio., welche nachhaltig eingesetzt werden können. Also stellt sich die Frage, was wird an Geld gebraucht oder wo kann man weniger ausgeben, damit die Nachkommen noch die gleichen Entscheidungsmöglichkeiten haben, wie unsere Generation. Ungefähr so könnte man den Begriff Nachhaltigkeit umschreiben. Deshalb soll nicht auf Details eingegangen werden, sondern man muss das Grosse im Auge behalten, nämlich die CHF 4 bis CHF 5 Mio., die mit dem Budget 2014 irgendwie generiert werden müssen, sei es durch Sparmassnahmen oder Mehreinnahmen.

Konkret heisst dies, GK 148 wurde von der FGPK ordnungsgemäss behandelt und intensiv diskutiert. Es erfolgte ein sehr offener Austausch in einer zusätzlichen FGPK-Sitzung ohne weitere Beteiligte. Es konnte ziemlich rasch ein gemeinsamer Nenner gefunden werden. An der eigentlichen abschliessenden Budgetsitzung der FGPK waren, mit Ausnahme einer Absenz, alle Mitglieder anwesend. Der jetzt vorliegende Voranschlag wurde mit 5:2 Stimmen, bei einer Enthaltung, angenommen. Mit dem gleichen Abstimmungsergebnis wurde der Vorschlag von Michael Wacker abgelehnt, den Steuerfuss trotzdem auf 106 % zu erhöhen. Dieser war zwar gut begründet, wurde jedoch nach einer kurzen Diskussion verworfen. Auch hier gebührt dem Stadtrat und insbesondere der Verwaltung der grosse Dank für die Detailarbeiten am Budget. Alle, die in einer grösseren Firma tätig sind, wissen, was es bedeutet, wenn man ein zweites, drittes oder allenfalls viertes Mal intern das Budget überarbeiten muss. Der Aufwand ist sicher gerechtfertigt, aber er ist sehr gross. Daher gebührt den Mitarbeitenden der Verwaltung der beste Dank.

Zusammenfassend aus diesen Diskussionen kann gesagt werden, dass die Sparanstrengungen geschätzt wurden, man hat gesehen, dass der Auftrag verstanden wurde. Die Detailposten wurden geprüft und bearbeitet. Es gab Möglichkeiten, doch es haben sich auch Grenzen abgezeichnet. Begeistert von der aktuellen Situation ist in der FGPK niemand und es wurde festgestellt, dass im Zusammenhang mit diesem Budget auch im Hinblick auf das Budget 2014 die Einnahmenseite sehr seriös geprüft werden muss. Dies als Fazit aus der FGPK-Diskussion zum Voranschlag 2013.

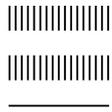
Es sind jedoch noch folgende Fakten und Leitplanken zur Voranschlagsgeschichte 2013/2014 zu betrachten. Sehr hilfreich war die Jahresrechnung 2012, es gab nicht nur Gerüchte oder Andeutungen aus Sicht Finanzverwaltung und Stadtmann, sondern die Zahlen lagen schwarz auf weiss vor. Zudem liegt die Zusammenstellung über die Entwicklung der Steuern vor. Aus dieser kann mittels Hochrechnung festgestellt werden, dass aufgrund der Entwicklung der Jahre 2006 bis 2015 eine Reduktion von 10 % resultiert. Dabei handelt es sich um eine Folge der Steuergesetzrevisionen, wel-



che sich bis Ende 2015 auswirkt. Es liegt eine übersichtliche Tabelle dazu vor. Der Schwerpunkt liegt in den Jahren 2014/2015 und schlägt mit 5,5 % zu Buche. Eine Tatsache ist auch, dass sich in Zofingen die Steuern der juristischen Personen am unteren Level befinden. Neu dazu kommen leider auch die Rückgänge bei den Steuern der natürlichen Personen, erstmals deutlich ersichtlich in der Rechnung 2012. Das ist eine Folge davon, dass sich das sogenannte Steuersubstrat in eine Richtung verändert, die im „wilden Westen“ des Kantons Aargau normal ist. Die grossen Steuerzahler, welche sich gelegentlich auch als Donatoren erkenntlich zeigten, sind aus Zofingen weggezogen. Marcel Murri macht nochmals darauf aufmerksam, dass die Umlagerung der Aufgaben zwischen Bund/Kantone/Gemeinden langsam abgeschlossen wird, was ebenfalls kostenwirksam ist. Die Kostensteigerung im Gesundheitswesen ist bekannt und was ebenfalls zur Kenntnis genommen werden muss, ist die Tatsache, dass über 80 % der Ausgaben völlig oder mehrheitlich gebunden sind und Zofingen diese nicht beeinflussen kann. Man muss leider feststellen, dass die Wirtschaft in den nächsten zwei bis drei Jahren wohl kaum explodieren wird, es wäre erstaunlich und erfreulich, aber doch eher unwahrscheinlich. Was ebenfalls schnell spürbar sein wird, ist die rigorose Einhaltung der Sparmassnahmen.

Der neue Voranschlag 2013 berücksichtigt diese Fakten. Der Auftrag war klar, es wurde gespart, wo es im Augenblick möglich war und ist. Es wurden über CHF 700'000.- eingespart, Stellen, die budgetiert waren, werden nicht besetzt. Leider wurden diese Einsparungen während der Wintermonate wieder aufgeessen, unter anderem auch durch die vorerwähnten Steuerrückgänge. Die Selbstfinanzierung ist von CHF 3,2 Mio. auf knapp CHF 2 Mio. zusammengeschrumpft und wenn man den Benchmark der erwähnten CHF 500'000.- nimmt, ist dies leider die Realität. Die Auswirkungen werden in einem Leistungsabbau ersichtlich sein. Punktuell als kleines Beispiel bezüglich Unterhalt und Investitionen in Gebäude sei die Sanierung einer Bezirksschul-Turnhalle erwähnt, welche weit über das Jahr 2017 hinausgeschoben wurde. Eine Turnhalle, bei welcher schon vor Jahren verwunderlich war, dass darin überhaupt noch Sport betrieben wurde. Solche und andere Auswirkungen werden spürbar werden. Bezüglich der Wirkungen kommt hinzu, dass einem aufgrund des Rechnungsabschlusses, welcher noch knapp positiv abschliesst, Sand in die Augen gestreut werden könnte. Aber man muss die Ursachen dieses positiven Abschlusses sehr genau prüfen. Es handelt sich nämlich um einen unerwarteten einmaligen Beitrag, diesmal eine einmalige Rückzahlung der StWZ Energie AG im Betrag von über CHF 3 Mio., was die Rechnung 2012 nochmals ziemlich beschönigt. Man kann sich vorstellen, wie die Rechnung aussähe, würde dieser Posten abgezogen. Ausserdem wurden sehr viele Investitionen, die im Jahr 2012 geplant waren, zurückgestellt, weil sich Projektverzögerungen ergaben. Daher ruft er nochmals dazu auf, die Rechnung 2012 im Hinblick auf den Budgetprozess 2014 genau zu prüfen.

Es muss allen Anwesenden klar sein, dass der Investitionsbedarf aufgezeichnet worden ist, er wird jedoch aufgeschoben und Gegenstand des Budgets 2014 und der folgenden Finanzplanung sein. Die Effizienz in der Verwaltung kann nicht unendlich gesteigert werden. Echte Sparmassnahmen werden demnächst mit dem Zusatz drakonisch versehen, diese werden deutlich spürbar sein. Die jetzt vorgenommenen Korrekturen werden vielleicht noch verkräftbar sein, weitere Massnahmen werden jedoch in irgendeiner Form spürbar sein. Daher muss die Einnahmenseite sehr gut überprüft werden. Was aber wird in diesem ganzen Budgetprozess überhaupt erwartet? Diese Frage stellt sich immer wieder, vor allem wenn in der FGPK diskutiert wird, was man alles muss, soll und kann. Immer wird von der Attraktivität der Stadt Zofingen gesprochen. Aber was soll eigentlich erreicht werden? Bei allen Budgetmodellen schwingt hintergründig immer das Stichwort „qualitatives Wachstum“ mit. Es stellt sich die Frage nach der Bedeutung. In erster Linie ist damit Wachstum gemeint. Der Ansatz des Stadtrates beinhaltet daher immer plus 200 gut zahlende Steuerzahler. In diesem Zusammenhang muss man sich ganz klar Gedanken machen, was dies genau bedeutet. Diese Frage muss nicht am heutigen Abend beantwortet werden, aber bis zum Anlass, welcher am 21. März

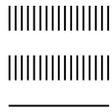


2013 startet, sollte man sich dazu eine Meinung gebildet haben. Als erstes stellt sich die Frage, wohin will man mit diesen Leuten? Uerkheim entfällt momentan. Die Nutzungsplanung ist abgeschlossen und es ist entschieden, wo verdichtet gebaut werden soll. Als zweites muss beantwortet werden, wie bringt man diese 200 Personen pro Jahr nach Zofingen? Die Anziehungskraft von Zofingen muss erhöht werden, falls es sich dabei um das richtige Modell zur Erzielung von Mehreinnahmen handelt. Die dritte Frage lautet: Was kann man von und in Zofingen erwarten? Das ist sicher die Kernfrage, wenn es um die Steigerung der Attraktivität der Stadt geht. Wahrscheinlich ist eine Attraktivitätssteigerung nicht unbedingt möglich, wenn man sich bei Investitionen allzu stark zurückhält. Falls man sich bei den nun zu führenden Diskussionen für ein Wachstum ausspricht, sind Folgeentscheide unumgänglich. Fachleute aus der Wirtschaft werden wohl nicht widersprechen, dass Vorinvestitionen notwendig sind, um ein Wachstum zu erreichen. Zofingen liegt an keinem See, ist auch nicht nebelfrei und heisst nicht Zürich. Es müssen andere Faktoren dazu beitragen, dass die Attraktivität zumindest bleibt. Zofingen kann eine gute Verkehrslage und eine attraktive Umgebung bieten. Es gibt gute Schulen und Infrastrukturen – sprich Tagesstrukturen. Ganz sicher braucht es auch eine moderne Infrastruktur in Sachen Gebäude, die zeitgemäss unterhalten werden. Das sind Sachen, die bei den folgenden Diskussionen berücksichtigt werden müssen. Wenn dies nicht beachtet wird, befindet sich Zofingen sehr rasch im Abseits.

Als Folgerung aus dem Gesagten kann man schliessen, dass für das aktuelle Budget 2013 ein politischer Kompromiss mit Hängen und Würgen gefunden werden konnte. Der Präsident der FGPK gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die gute politische Streitkultur in Zofingen anhält und er wünscht sich, dass auch im Wahlkampf die guten Diskussionen nicht komplett verdrängt werden. Der Stadtrat hat das Angebot gemacht, mit einem spektakulären partizipativen Prozess zu arbeiten, was sehr ungewöhnlich ist. Aber auch die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen sind gefordert, die politische Verantwortung wahrzunehmen. Aus diesem Grund – wie eingangs erwähnt – empfiehlt die FGPK die Annahme des Steuerfusses von 102 %, die Genehmigung des Voranschlages 2013 und die Zustimmung zur Sistierung der Einlage in den Parkgebührenfonds im Jahr 2013.

Der **Ratspräsident** dankt dem Präsidenten der FGPK für das ausführliche Votum, das bereits ins Jahr 2014 reicht. Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

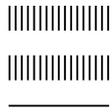
Hr. **Markus Gfeller**, SVP, teilt mit, dass eine Mehrheit der SVP dem überarbeiteten Voranschlag 2013 zustimmen wird. Man hat zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat den klaren Volkentscheid zum geforderten Sparprozess in Angriff genommen hat. Es ist klar, dass in so kurzer Zeit keine grundlegenden Veränderungen möglich sind. Man ist an Verträge gebunden und das Jahr hat inzwischen auch bereits begonnen. Die Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Budget sind ein erster Schritt, nicht weniger aber auch nicht mehr. Es wird erwartet, dass der Stadtrat den eingeschlagenen Weg weiterhin beschreitet und die Ausgaben der Stadt ganz grundsätzlich überdenkt. Nach vielen Jahren mit komfortablen Steuereinnahmen hat Zofingen einen Leistungskatalog, der umfangreicher ist als in anderen gleich grossen Gemeinden. Aber auch die Verwaltung ist grösser geworden. Als Beispiel wird das Stadtbüro, das Stadtmarketing und die Fachstelle Natur sowie der Tierpark genannt. Bei abnehmenden Steuern und gleichzeitig vom Kanton überwältigten Kosten muss man ganze Strukturen hinterfragen. Mit kleinen Massnahmen können keine Veränderungen vorgenommen werden. Seit dem 25. November ist aber auch bekannt, dass eine Steuererhöhung kein Thema ist, bevor diese Arbeit zu Ende geführt ist. Die SVP wird sich in diesem Sinne in den Workshops zum Budget 2014 einbringen. Die Anträge 1 bis 3 werden grossmehrheitlich unterstützt.



Fr. **Irma Jordi**, DYM/CVP, stellt fest, dass das Stimmvolk entschieden hat. Man ist froh, dass es eine klare Entscheidung war und damit ein klarer Auftrag erteilt wurde. Sie hat sich sehr engagiert für das im Herbst präsentierte Budget; jetzt gilt es, das Beste daraus zu machen. Es wird sehr bedauert, dass man die Bevölkerung nicht stärker für die finanzielle Lage sensibilisieren konnte, in welcher Zofingen steckt. Es musste leider eine grosse Menge Manpower investiert werden, um dieses neue Budget auszuarbeiten, diesen hätte man zur Weiterentwicklung von Zofingen in eine prosperierende Stadt besser nützen können. Welcher Weg soll nun weiter beschritten werden? Jetzt ist man extrem gefordert, die politische Verantwortung muss wahrgenommen werden und man ist froh, dass es nun endlich zur Sache geht. Wie schon erwähnt, folgt in drei Tagen die erste Sitzung mit Mitgliedern des Einwohnerrates, der FGPK sowie mit Partei- und Fraktionspräsidenten, in welcher diese gefordert sind, den Riesenkatalog an Themen zu diskutieren und zu entscheiden, wohin die Entwicklung gehen soll. Es wäre schade, wenn man die Stadt zu Tode sparen würde. Dies wäre keine gute Entwicklung. Die Fraktion der Dynamischen Mitte stimmt grossmehrheitlich den Anträgen des Stadtrates zu. Im Moment bleibt fast nichts anderes übrig. Es soll vorwärts gegangen und die Zukunft in Angriff genommen werden.

Hr. **André Kirchofer**, FDP, nimmt vorweg, dass die FDP – zwar nicht mit grosser Begeisterung, aber mit grosser Mehrheit – hinter dem Geschäft steht. Zuerst spricht er dem Stadtrat ein Kompliment aus. Es wurde bereits am Workshop erwähnt, dass man sich über die Einsparung von CHF 700'000.– freut. In der Version 2.1 war es etwas mehr, in der Version 2.2 wieder etwas weniger. Aber immerhin wurden Optimierungsmassnahmen gefunden, die diesen Namen auch verdienen. Man kann sagen, der Stadtrat hat den Wink des Volkes mit dem Zaunpfahl verstanden. Der Tenor ist klar, das Volk will keine Steuererhöhungen. Es ist auch ein wiederkehrendes Ritual bei solchen Budgetberatungen, dass man von zu Tode sparen spricht und sagt, die Zitrone sei ausgepresst. Man hört solche Äusserungen aus der Exekutive, aus der Verwaltung und auch aus gewissen Teilen des Rates. Alle Gedanken an weitere Sparübungen sei höchst verwerflich. Und trotzdem findet sich immer wieder Spar-Potenzial. Man hat es diesmal gesehen, rund CHF 700'000.– konnten eingespart werden. Das ist selbstverständlich auf den Gesamtbetrag gesehen nicht die Rettung für Zofingen. Aber es sind doch annähernd die 3 Steuerprozente, welche die FDP und die SVP bekämpft hatten. In diesem Sinne hat sich der Slogan „keine Steuern auf Vorrat“ doch ein wenig bewahrheitet. Trotzdem darf nicht verschwiegen werden, dass die Situation der Stadt Zofingen schwierig ist. Bezüglich Selbstfinanzierung und Belastbarkeit herrscht wohl Einigkeit über alle Parteigrenzen hinweg. Aber damit enden die Gemeinsamkeiten bereits wieder. Man spürt aus den Voten, dass der Weg, den Zofingen gehen soll, von allen Parteien anders gesehen wird. Da stehen sich vielleicht schon Sparwut und Steuererhöhung etwas gegenüber.

Die Positionierung der FDP ist klar und wurde bereits im Budget Nr. 1 definiert. Es geht nicht um Sparwut, sondern darum, nicht sofort dem Bürger das Geld aus der Tasche zu ziehen, das er verdient hat. Die FDP ist für einen schlanken Staat, um es in ideologischen Worten auszudrücken. Ebenfalls herrscht die Meinung, dass Steuererhöhungen als Ultima Ratio zu betrachten und erst dann anzuwenden sind, wenn sämtliche Sparübungen durchgearbeitet wurden. Das ist auch genau das, was das Volk mit auf den Weg gegeben hat. Für die ernsthafte Durchführung dieser Sparübung stehen alle Parteien und der Stadtrat in der Pflicht. Es ist klar, dass Politik immer aus Geben und Nehmen besteht. Aber es kann nicht sein, dass immer nur genommen und jemand anderem gegeben wird. Oder anders ausgedrückt, man muss wegkommen von einer gewissen Ausgabeneuphorie. Darum ist aus Sicht der FDP das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Es gibt noch Handlungsspielraum und die Ideen und Vorschläge werden am Donnerstag am Workshop gerne noch eingebracht. Bezüglich Vorgehen im Workshop ist zu sagen, dass es wohl illusorisch ist, zu glauben, in einem Workshop könnte plötzlich ein Konsens gefunden werden, der alle Parteien einigt, wenn

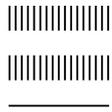


man vorher ein Jahr lang intensiv diskutiert hat. Es wird auch nicht möglich sein, rein finanztechnische Kosmetik zu machen, um die Entlastung herbeizuführen. Es wird schmerzhaft, die notwendigen Abstriche vorzunehmen und deswegen ist es letztlich ein politischer Prozess, an dem sich alle Parteien beteiligen müssen. Am Schluss wird eine Abstimmung stehen, sei es in der FGPK, im Einwohnerrat oder vor dem Volk, in welcher mathematisch entschieden wird. Wenn man glaubt, man könne im Konsens irgendwelche Lösungen finden, ist dies wohl eher der falsche Ansatz. Wichtig ist einfach, dass der Stadtrat nach Ansicht der FDP nach wie vor in der Pflicht steht. Die Parteien können Inputs geben und es können Vorschläge gemacht werden. Letztlich ist es jedoch die Aufgabe des Stadtrates, die Sparmassnahmen umzusetzen oder das nächste Budget vorzulegen und die FGPK oder der Rat können dazu Ja oder Nein sagen. Das heisst nicht, dass sich die FDP aus der Verantwortung stehlen will. Man steht zu der gewählten partizipativen Art und Weise und wird entsprechend Vorschläge einbringen. Aber die FDP ist nicht der Meinung, dass alle Parteien diesem Weg folgen werden. Selbstverständlich braucht es die Auseinandersetzung. Wichtig ist, was auch immer vorgeschlagen und realisiert wird, der Bevölkerung müssen die Konsequenzen effektiv aufgezeigt werden. Es nützt nichts, ihr Sand in die Augen zu streuen. Die Veränderungen werden spürbar und es wird unter Umständen ein schmerzhafter Prozess. Aber es geht nicht mehr nur darum, irgendwelche Druckkosten einzusparen, sondern man muss auf einer höheren Flugebene ansetzen. Das heisst auch, der Bevölkerung muss reiner Wein eingeschenkt werden – hoffentlich weisser und nicht roter. In diesem Sinn wird beliebt gemacht, diesem Geschäft jetzt zuzustimmen. Die FDP ist mit grosser Mehrheit dafür.

Hr. **Marcel Thüler**, SP, hat sich vorgenommen, die Voten der Vorredner etwas zusammenzufassen, was ihm jedoch ziemlich schwerfällt, da nicht viel gesagt wurde. André Kirchhofer hat ziemlich viele Worthülsen verwendet, um darzulegen, wie die FDP vorgehen möchte. Aber Klarheit besteht bis jetzt nicht. Die SP-Fraktion hat das Budget diskutiert und wird zähneknirschend diesem Geschäft teilweise auch zustimmen. Es hat sich eine kleine Mehrheit gefunden, welche dieses Budget unterstützt. Das Budget noch lange zu diskutieren, wäre verlorene Zeit, denn es ist bereits März und die Verwaltung würde gerne mit ihrer Arbeit beginnen. Es muss daher eine entsprechende Grundlage geschaffen werden. Dies ein weiterer Grund, dem Budget – zähneknirschend – zuzustimmen.

Wenn man etwas weiter in die Zukunft blickt, kann man nicht mit wahnsinnig viel mehr Steuereinnahmen rechnen. Die Steuergesetzrevision, welche von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern angenommen wurde, wird mit gleichbleibendem Steuerfuss in Zofingen 10 % weniger Steuereinnahmen generieren. Dieses Geld fehlt in der Kasse und wird auch mit grösseren Sparanstrengungen nicht wieder wettzumachen sein. Die SP hat ausführlich diskutiert, ob einzelne Punkte angegriffen werden sollen, aber man möchte den Betrieb nicht behindern, da diese Vorgehensweise nicht zum Ziel führt. Es stellt sich viel mehr die Frage, wohin Zofingen will. Mit dem partizipativen Prozess, welcher der Stadtrat in Angriff nimmt, kommt man hoffentlich weiter. Wenn man dann weiss, wohin der Weg führen soll, kann beurteilt werden, wo noch gespart werden kann und wo weiter investiert werden soll. Investieren ist ein weiteres Stichwort. Allen liegt der Investitionsplan vor, welcher relativ mager daherkommt. Bei genauerer Betrachtung muss festgestellt werden, dass Zofingen in 10 Jahren verschuldet sein und vor einem Schuldenberg stehen wird. Es ist zwar schön zu sagen, man wolle keine Steuern auf Vorrat. Aber wenn schon ein Investitionsplan vorliegt, welcher die zukünftigen Schulden aufzeigt, scheint eine solche Aussage doch etwas anmassend, da sie so nicht stimmt. Die Fakten liegen auf dem Tisch.

Man konnte in den Zeitungen lesen, es sei nicht Aufgabe der Legislative, Vorschläge zu unterbreiten, wie die Exekutive zu sparen habe. Es ist aber eigentlich fast ein Spiel – und vielleicht handelt es sich bei der Politik um ein ausgeprägtes Spiel. Wenn man weiss, wie vom Vorredner erwähnt, dass noch Luft vorhanden ist, weiss man eigentlich auch, wo man noch sparen möchte. Bei der heutigen



Sitzung handelt es sich um die X-te Sitzung, an welcher schöne Luftschlösser gebaut werden und vom Sparen geredet wird, doch die Fakten fehlen. Wenn am Donnerstagabend die bürgerliche Seite darlegt, wo der Sparhebel angesetzt werden soll, sind alle froh, denn solange man dies nicht weiss, wird der Betrieb behindert. Es gibt die Möglichkeit, abzuwarten, bis der Stadtrat einen Vorschlag vorlegt und dann zu entscheiden, ob es sich um einen guten oder schlechten Vorschlag handelt oder man kann seine eigenen Ideen auf den Tisch legen. Ziel ist es ja – es wird jedenfalls davon ausgegangen, dass alle Anwesenden das gleiche Ziel verfolgen – ein schönes und gutes Zofingen zu erhalten. Wenn dem so ist, müsste es doch im Sinne eines Jeden sein, seine Vorschläge für Sparmöglichkeiten einzubringen. Er bittet darum, sich am Donnerstag und eine Woche später für ein Zofingen der Zukunft stark zu machen, sich einzubringen und die Fakten auf den Tisch zu legen. Die SP-Fraktion wird das Budget mit einer kleinen Mehrheit annehmen.

Hr. **André Kirchhofer**, FDP, ergreift nochmals das Wort mit dem Zitat: „Völker hört die Signale“ und führt aus, dass dieses Zitat symptomatisch ist. Die linke Seite wolle dem Volk signalisieren, dass der Takt von dort angegeben werde. Dass dem aber nicht so ist, hat das Volk eindeutig klargemacht. Es will nämlich keine Steuererhöhung. Diese Tatsache ist unbestritten. Deswegen muss jetzt gespart werden und es ist nicht anmassend, dies klar zu sagen. Aber es ist anmassend, wenn eine Partei, die zweimal – sprich die Grossratswahlen und die Volksabstimmung – verloren hat, sich in dem Sinne äussert.

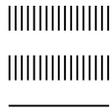
Er nimmt Bezug auf die Äusserung von Michael Wacker an der FGPK-Sitzung vom 14. Februar, in welcher dieser sagte, die Zofinger Bevölkerung müsse verstehen, dass Zofingen mittlerweile eine normale, durchschnittliche Mittellandgemeinde ist. Er hat dies auf das Steuersubstrat bezogen. Das heisst aber auch, dass es ebenfalls auf das Angebot bezogen werden muss. Wenn man in Bezug auf das Steuersubstrat eine durchschnittliche Gemeinde ist, kann auch nur noch ein durchschnittliches und nicht mehr ein überdurchschnittliches Angebot erfolgen. Und genau dort muss der Hebel angesetzt und geprüft werden, wo ist es eventuell überdurchschnittlich ist. Damit soll nicht gesagt werden, es sei zwingend überdurchschnittlich. Im Gegenteil, die FDP ist durchaus bereit, über eine Steuererhöhung zu diskutieren. Aber erst dann – und dies werden die Workshops zeigen, wenn alle Vorschläge auf dem Tisch liegen – wenn niemand bereit ist, gewisse Abstriche zu machen, kann über eine Steuererhöhung diskutiert werden.

Hr. **Jürg Seiler**, SVP, führt aus, dass es für ihn nicht mehr aufgeht. Er ist daher froh, wenigstens noch Unterstützung von André Kirchhofer zu haben, welcher in einigen Punkten die gleichen Ansichten wie er vertrete. Er glaubt, dass es sich bei diesem Geschäft, welches hier beraten wird, um eine Firma handelt, welche rentieren muss. Er ist nicht der Meinung, dass überall Abstriche zugunsten derjenigen gemacht werden sollen, die das Gefühl haben, man könne immer mehr machen, aber immer weniger leisten. Man hört die ganze Zeit nur noch, da und da und da „muss“ man. Das sind aber genau diejenigen, die nicht sagen, was sie dazu beizutragen bereit sind, damit die Entwicklung positiv verläuft. Genau aus dieser Ecke wird verlangt, dass die rechte Seite sagt, wo man überall sparen könne, damit das Schiff endlich in den richtigen Wind gebracht werden kann. Das sind genau diejenigen, die mehr ausgeben wollen, als man einnehmen kann. Das ist der Grund, weshalb er der Meinung ist, auch in Zofingen müsse man sich nach den Einnahmen richten. Es muss nicht darüber diskutiert werden, was weggeht und wie das kompensiert werden kann. Zuerst will man sehen, wie das kompensiert wird, damit anschliessend im Rat entschieden werden kann ob Ja oder Nein. Es ist nicht die Aufgabe, hier einen Plan zu machen. Man hat sich bereit erklärt, das zu machen. Er vermutet, dass nicht allen klar bewusst ist, wie Geld verdient wird. Man spricht immer nur vom Geld ausgeben. Den Voten aus den Zeitungen könne entnommen werden, dass die SP immer mit Steuererhöhungen droht. Das sind zwar schöne Worte, kann aber nicht die Lösung sein. Die SP soll statt-

dessen aufzeigen, was machbar ist, damit dies verhindert werden kann. Auch die SVP hat ihre Meinung, die sie vertritt und diese ist nicht schlecht, aber man will sie einfach nicht wahrhaben. Die dynamische Mitte, aufgesplittet in verschiedene Parteien, inkl. Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger, ist sich immer ziemlich einig. Der Einwohnerrat stellt sich hinter den Chef, obwohl manchmal nicht die gleiche Meinung besteht. Er persönlich fände es besser, wenn wieder einmal alle zusammen ihre persönlichen Meinungen vortragen würden. Es wäre viel interessanter und attraktiver, als immer nur Ja oder Nein zu sagen. Selbst die FDP hat eine eigene Meinung, was er als gut empfindet. Er erinnert daran, dass zwar in diesem Gremium Entscheide gefällt werden, das Stimmvolk aber auch etwas zu sagen hat. Deswegen soll auch an dieses gedacht werden.

Hr. **Marcel Thüler**, SP, äussert sich nach diesen Äusserungen, die er als Seitenhiebe empfindet, nochmals, weil Jürg Seiler um ganz ehrliche Meinungen gebeten hat. Nach seiner Beurteilung war die Darbietung seines Vorredners ein Theater und sehr unterhaltsam. Aber zur Diskussion beigetragen hat dieses leider nicht viel. Was er gern auch noch anfügt – auch das seine ehrliche Meinung zur Äusserung, die SP wolle immer den Steuerfuss anheben: Man will dies gar nicht unbedingt, aber Zofingen ist wahnsinnig lebenswert, so wie es aktuell ist. Zofingen gefällt wie es ist und man will keine Verschlechterung. Aber wenn man betrachtet, welcher Finanzbedarf in den nächsten Jahren besteht, sieht man klar, wo das Problem liegt. Man muss pro Jahr massive Einsparungen vornehmen, wenn der Standpunkt besteht, dass keine Steuerfusserhöhung erfolgen soll. Damit man sich eine Vorstellung machen kann, folgendes Beispiel: Der Betrieb einer Badi kostet Zofingen CHF 500'000.– im Jahr. Das heisst, wenn nur CHF 3 Mio. eingespart werden sollen, muss sechs Mal eine Badi eingespart werden. Da ihm die Zahlen der Stadt Zofingen langsam bekannt sind, kann er nur feststellen, dass in einem solchen Fall wirklich alles, was im freiwilligen Bereich liegt, komplett gestrichen werden müsste. Und das kann nicht die Lösung sein. Er wiederholt nochmals, dass dasjenige was an Zofingen gefällt, das ist, wie Zofingen heute ist und das möchte man gerne so gut wie möglich behalten. Wenn aber noch Orte gefunden werden, wo gemeinsam gespart werden kann, ohne dass es gross spürbar ist und Zofingen trotzdem vorwärts bringt, so ist die SP auf jeden Fall mit dabei. Vielleicht hätte Jürg Seiler ja auch noch einen Vorschlag.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtmann, erlaubt sich aufgrund der verschiedenen Voten einen Versuch der Einordnung der finanziellen Situation von Zofingen in die aargauische Gemeindef Landschaft. Im Moment könnte man meinen, Zofingen stehe direkt vor dem Abgrund. Der Stadtmann ist zu 100 % überzeugt, dass alle aargauischen und auch die luzernischen Gemeinden in den nächsten Jahren finanzielle Probleme haben werden. Diese Kenntnisse hat er nicht nur aufgrund seiner Funktion als Stadtmann von Zofingen sondern auch als Regionalverbandspräsident und als Grossrat. Es fragt sich einfach, wie werden diese Probleme gelöst. Es gibt auch einige Gemeinden, welche nicht so weit in die Zukunft blicken und es daher noch nicht kommen sehen. Wenn man sich in der Region umsieht, gibt es aber zwei ganz grosse Unterschiede zwischen der Stadt Zofingen und den Nachbargemeinden. Zofingen hatte rückblickend auf die letzten 10, 20, 30, 40 Jahre immer eine sehr hohe Steuerkraft, nicht im kantonalen aber doch im regionalen Vergleich. Damit diese Steuerkraft gehalten werden kann, benötigt es grosse Anstrengungen. Diese müssen erbracht werden und es ist zu diskutieren, ob das in den letzten Jahren in genügendem Mass erfolgt ist. Wenn man einen hohen Steuerfuss hat, kann man – im Unterschied zu einem tiefen Ansatz – viel verlieren. Auf der anderen Seite muss man berücksichtigen, dass sich Zofingen traditionellerweise seit jeher extrem viel geleistet hat. Das sind all die Kennzahlen, die bekannt sind. Zofingen hat sich ein wesentlich grösseres Dienstleistungsangebot geleistet, als alle Nachbargemeinden. Aber genau das macht ja die Attraktivität der Stadt aus. Wenn man sich mehr leistet, kann man auch mehr Abstiche machen. Das ist der Unterschied zwischen dieser Gemeinde und den anderen. Dies muss im-

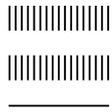


mer im Hinterkopf behalten werden, wenn es um die Diskussion des jetzigen Voranschlages und der zukünftigen Voranschläge geht.

Es wurde bereits gesagt, dass es sich beim Voranschlag 2013 um einen Kompromiss handelt. Das kommt in der Politik hin und wieder vor. In diesem Voranschlag hat man gegenüber dem ersten Entwurf CHF 0,7 Mio. Einsparungen vorgenommen. Aber es musste auch in eine andere Richtung korrigiert werden. Das ist wiederum aussergewöhnlich gegenüber anderen Nachbargemeinden. Normalerweise haben alle Gemeinden ihre Budgetphasen zwischen April und September. Aufgrund aussergewöhnlicher Faktoren vor allem im Gesundheitswesen, die 2012 erstmals spielten, und die einen ziemlichen Blindflug bei der Budgetierung verursachten, mussten massive Korrekturen vorgenommen werden. Sowohl bei den Steuererträgen wie auch bei den Gesundheitskosten. Solche Differenzen werden die anderen Gemeinden wohl auch aufweisen, nur haben diese ihre Voranschläge nicht mehr korrigiert. Der Nettoaufwand wächst mit 1,5 %, es wurde aber mit 2 % Bevölkerungswachstum gerechnet. Gegenüber dem Vorjahr fehlen 0,5 %, wenn das Wachstum miteinbezogen wird. Wenn diese Zahlen zusammengezählt werden, ergibt sich eine Selbstfinanzierung von CHF 2 Mio., was viel zu tief ist. Im Jahr 2013 ergeben sich daraus keine Probleme, die Investitionen von ca. CHF 3 Mio. netto können finanziert werden. Allerdings nicht mit den erarbeiteten Mitteln, wie es gesund wäre, sondern es muss zum Teil auf das Eigenkapital zurückgegriffen werden. Im Jahr 2013 wird Zofingen nicht untergehen. Prekär – und zwar sehr prekär – wird es aber in den Folgejahren 2014 bis 2016, was der Finanzplan deutlich aufzeigt. Wie im Finanzplan ersichtlich, sind jährliche Investitionstranchen von ca. CHF 10 Mio. geplant bei einer Selbstfinanzierungsrate von CHF 2 Mio., was völlig ungenügend ist. Es müssen also die Voranschläge der nächsten Jahre gewaltig d.h. um mind. CHF 3 Mio. optimiert werden. Man kann diese Optimierungen natürlich auf der Ausgabenseite oder auf der Einnahmenseite vornehmen. Oder man kann eine Kombination wählen.

Wie soll nun vorgegangen werden? Es erfolgt ein partizipativer Prozess, in welchem die Stossrichtungen für die Optimierungsmassnahmen festgelegt werden sollen. Es haben bereits in den Jahren 2011/2012 diverse Workshops stattgefunden, in welchen aus stadträtlicher Sicht eine Liste mit Optimierungsvorschlägen erarbeitet wurde. Es resultierten daraus 64 Optimierungsmassnahmen. In einem zusätzlichen Workshop wurden diese mit den Spitzen der Verwaltung, also mit den Bereichsleitenden, diskutiert und die Liste wurde ergänzt und priorisiert. Mittlerweise finden sich 78 Massnahmen auf dieser Liste. Diese Woche findet nun nochmals ein zusätzlicher Workshop statt mit den Mitgliedern der FGPK, der Parteipräsidien und den Fraktionspräsidien. Dort wird nochmals eine Sichtung der Liste erfolgen, es wird darüber diskutiert, die Liste wird nochmals ergänzt und die neuen Massnahmen werden wiederum priorisiert. Der Input ist ganz klar. Jedes Mal, wenn eine neue Sichtweise dazukommt, kommen ebenfalls wieder neue Punkte hinzu. Es muss aber nochmals deutlich darauf hingewiesen werden, dass schlussendlich die Verantwortung beim Stadtrat liegt.

Man hat sich entschieden, die Massnahmenliste jeweils mit dem Voranschlag zu präsentieren. Andere Zentrumsgemeinden haben die Massnahmenkataloge an einer separaten Einwohnerratssitzung behandelt und die Massnahmen priorisiert. Das Resultat war jedoch vernichtend, nämlich indem die dort angenommenen Massnahmen im Voranschlag zum Teil wieder abgelehnt wurden. Diese Übung kann sich Zofingen aus den heute bereits einige Male genannten Gründen sparen. Wenn der Stadtrat diese Massnahmen vorschlägt, welche zum Teil das Budget 2014, dasjenige für 2015 oder sogar 2016 betreffen, liegt schlussendlich die Kompetenz auch beim Einwohnerrat als Legislative, diese Massnahmen entweder gutzuheissen oder zu verwerfen. Eines ist ganz klar, ohne schmerzhaftes Abstriche im Dienstleistungsangebot kann man diese Übung nicht abschliessen. Weiter ist auch sicher, dass es unmöglich ist, die bestehende Finanzierungslücke nur durch Abstriche schliessen zu können. Das käme einem absoluten Kahlschlag gleich. Es geht nun darum, die Optimierung auch durch zusätzliche Ertragsgenerierung voranzutreiben. Zusätzliche Erträge sind nicht ausschliesslich mit



Steuereinnahmen gleichzusetzen. Nur muss man dann auch die Folgen tragen können. Der Stadtmann fühlt sich durch das Votum von Einwohnerrat Jürg Seiler etwas herausgefordert und macht deutlich, dass es nicht immer nur der Stadtrat und seine Mitglieder sind, welche neue Dienstleistungen erfinden. Daher möchte er alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte einladen, ihn eine Woche lang zu begleiten. Es gibt z.B. die Stadtmann-Sprechstunde, bei welcher Leute vorsprechen. Man kann davon ausgehen, dass  $\frac{3}{4}$  der Vorsprechenden mit Anliegen für neue Dienstleistungen kommen, Probleme gelöst haben möchten, darauf hinweisen, wo noch eine neue Brücke hinmüsste, wo besser geputzt werden sollte und mehr. Er weist zudem darauf hin, dass auch Jürg Seiler schon bei ihm vorgesprochen und einen Antrag gestellt hat, der Mehrkosten verursacht hätte. Genau daraus resultieren die Probleme. Jeder kommt mit einem Antrag, den alle anderen als Quatsch empfinden. Und es handelt sich nicht nur um Einzelfälle. Das ist die Problematik mit der sich alle beschäftigen müssen. Wenn Abstriche gemacht werden oder zusätzliche Einnahmen generiert werden sollen, so muss der Mut aufgebracht werden, dazu zu stehen und zu sagen, wenn ein Abstrich gemacht wird, so ist dieses Angebot nicht mehr da. Oder wenn neue Steuern oder Gebühren eingeführt werden, muss man mit den finanziellen Konsequenzen leben. Diese Ehrlichkeit muss jeder einzelne aufbringen, egal ob Stadtrat oder Einwohnerrat.

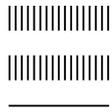
Hr. Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger hofft auf einen tragfähigen Kompromiss. Wie André Kirchner richtig bemerkt hat, kann keine Einigkeit erzielt werden, dazu sind die Positionen zu verschieden. Aber das ist nun mal das politische System und deswegen muss man sich zusammenraufen und die Mitte finden, damit die Bevölkerung mit gutem Gewissen Ja zu dem sagen kann, was in den nächsten Jahren in Zofingen gemacht wird. Er bittet mit Nachdruck um eine konstruktive Mitarbeit, um Ehrlichkeit und Geradlinigkeit, damit der Prozess zum Erfolg der Stadt durchgeführt werden kann.

### Sitzungspause

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Detailberatung.

Fr. **Christiane Guyer**, Stadträtin, bringt eine kleine Korrektur auf der Seite 21, Personalaufwand, an. Dort beträgt der Personalaufwand der Regionalpolizei CHF 44'390'400.-. Dabei handelt es sich um einen Tippfehler. Korrekt ist der Betrag von CHF 4'390'400.-.

Hr. **Stefan Giezendanner**, SVP, nimmt in 5 Punkten Stellung. Er sieht dabei Seite 52 als Management Summary. Punkt 1: Er will keine Luftschlösser bauen. Punkt 2: Im Budget Version 1 konnte man lesen, sparen geht nicht. In Version 2 dieses Budgets sieht man nun aber „geht nicht – gibt's nicht“. Und damit kommt der Redner bereits zu Punkt 3 mit der Erkenntnis, dass 1. der Stadtrat es zusammen mit der Verwaltung geschafft hat, Aufwandreduktionen herbeizuführen, also „geht nicht – gibt's nicht“. Als 2. Erkenntnis sollte allen deutlich aufgefallen sein, dass es auch Ertragseinbussen gab. Das lief allerdings etwas „unter ferner liefen“. Es wurde zwar kommuniziert, hat aber doch stutzig gemacht und man muss sich fragen, was genau gegenüber Budget Version 1 passiert ist. Unter anderem sind verschiedene sehr gute Steuerzahler weggezogen, was zu Punkt 4 überleitet. Quo Vadis – Wohin geht es? Einerseits gilt es, weitere Aufwandreduktionen vorzunehmen. Gleichzeitig soll minimal versucht werden, die Ertragslage stagnierend zu halten, damit diese nicht noch weiter abnimmt. Unter Punkt 5 folgt folgendes Fazit: Man muss sich bewusst werden – in diesem Zusammenhang wird nochmals Michael Wacker zitiert – dass es so ist, dass in Zofingen früher sehr wenige ein grosses Angebot für viele finanziert haben. Dabei handelt es sich aber kurz zusammengefasst um Tempi passati. Das führt dazu, dass Zofingen leider eine Durchschnitts-Stadt geworden



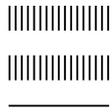
ist. Es gilt daher, sich neu auszurichten. Deshalb ist man sehr dankbar, dass diese Workshops stattfinden, an welchen auch die SVP ihren Beitrag leisten wird. Natürlich wird es aber Vorschläge geben, die schmerzen werden. Damit sollen weitere Aufwandreduktionen erzielt werden können und es soll mindestens eine stagnierende – im besten Fall eine verbesserte – Ertragslage sichergestellt werden.

Hr. **Michael Wacker**, SP, meldet sich zu Wort und erlaubt sich – nachdem er bereits mehrfach zitiert wurde – nun seinerseits, jemanden zu zitieren. Der Stadtmann hat in seinem Votum von Ehrlichkeit gesprochen und davon, dass man Mut haben müsse. Deswegen steht er nun vor dem Rat, auch auf die Gefahr hin, dass ihn 50 bis 70 % der Zofinger nicht mehr lieben werden und der Einwohnerrat anschliessend wütend ist. Im letzten Herbst wurde ein Budget mit einer Selbstfinanzierung von CHF 3,3 Mio. herausgegeben. Das ist Geld, das dringend benötigt wird. Tatsache ist, dass dieses Budget vom Volk abgelehnt wurde, woraufhin ein neues Budget erarbeitet wurde, diesmal mit einer Selbstfinanzierung von knapp CHF 2 Mio. Es sieht nun schlechter aus als vorher, obwohl sogenannte Optimierungsmassnahmen vorgenommen wurden. Davon sind jedoch verschiedenste nicht nachhaltig, zum Beispiel: Reduktion baulicher Unterhalt durch Dritte (Verschiebung Ersatz Aufzug Alte Kanzlei, Reparatur Aufzug Altes Schützenhaus) CHF 142'000.–. Das ist eine Einsparung von gut 20 % der zitierten CHF 700'000.–. Aber: aufgeschoben – nicht aufgehoben und somit nicht nachhaltig.

Als FGPK-Mitglied sieht er etwas tiefer in die finanziellen Belange der Stadt. Was braucht Zofingen eigentlich in Zukunft um gesund zu sein? Es wurde bereits gesagt, nämlich mind. CHF 3 Mio. Gewisse Leute reden sogar von CHF 5 Mio., die irgendwie nachhaltig generiert werden müssen. Das kann über verschiedene Massnahmen passieren. Man kann sparen, ein Anfang ist gemacht. CHF 700'000.– als erste Sofortmassnahme konnten aufgrund einer längeren Vorgeschichte von Seiten der SVP/FDP eingespart werden. Dieses Projekt ist auf einem guten Weg und wird von der SP und auch vom Redner selber unterstützt. Man wird sich wohl aber nicht einig sein, wo noch Luft und Spielraum vorhanden ist. Eine andere Variante ist, weniger zu investieren. Darauf basiert auch der vorliegende Investitionsplan. Es wird vielleicht nicht weniger investiert, aber man schiebt den Zeitpunkt weiter hinaus. Und die 3. Möglichkeit, wogegen sich aber offenbar alle sträuben, ist, mehr Einnahmen zu generieren. Und das bedeutet – wie könnte es von linker Seite anders sein – mehr Steuern. Hr. Michael Wacker ist nicht sicher, ob das Stimmvolk die gleiche Vorlage mit dem Wissen von heute wiederum ablehnen würde.

Im letzten Herbst hat man Schlagworte gehört wie „Steuern auf Vorrat“. Er fragt die FDP deshalb an, wo sich dieser Vorrat heute befindet. Dieses Mal liegt zwar noch ein positiver Rechnungsabschluss vor, aber wenn man die CHF 3,5 Mio. der Städtischen Werke abzieht, welche einmalig, freiwillig und zu früh zurückgezahlt wurden, dann wäre das Vermögen der Stadt Zofingen mehr oder weniger nicht mehr vorhanden. Nächstes Jahr und im darauf folgenden 2015 wird sich die kant. Steuergesetzrevision mit 5 % auswirken. Wenn er den Vorredner, Stefan Giezendanner, richtig interpretiert, so geht er davon aus, dass Hr. Stefan Giezendanner für eine Erhöhung des Steuerfusses um mind. 5 % ist, falls die entstehende Lücke nicht auch noch mit Sparen gefüllt werden kann.

Es ist allen bekannt, dass die finanziellen Aussichten der Stadt nicht rosig sind. Salopp ausgedrückt fragt er sich, will man den Karren in vollem Bewusstsein jetzt an die Wand fahren? Im Jahr 2013 wird mit Vollgas auf diese Wand gezielt, wenn keine Änderungen erfolgen. Schaut man auf das Jahr 2014 voraus – die Zahlen liegen vor – stellt man fest, dass die Nettoinvestitionen CHF 7,6 Mio. betragen, obwohl kein Geld mehr vorhanden ist und die Verschuldung beginnt. Ändert sich nichts, hat Zofingen im Jahr 2022 Schulden von ca. CHF 60 Mio., was verantwortungslos ist. Deshalb soll man doch ehrlich sein und den Mut haben, jetzt für die Stadt möglichst gute Voraussetzungen zu schaffen.



Jetzt, wo bekannt ist, was auf Zofingen zukommt, sollte man so handeln, wie es Private auch tun: „Spare in der Zeit, so hast Du in der Not.“

Hr. **Michael Wacker** stellt folgenden Antrag:

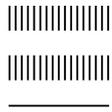
Der überarbeitete Voranschlag 2013 der laufenden Rechnung mit einem Steuerfuss von **106 %** und der Investitionsvoranschlag 2013 der Einwohnergemeinde seien zu genehmigen.

Fr. **Irma Jordi**, DYM/CVP, bedankt sich für die Verzweiflungstat von Michael Wacker. Ihre Einstellung und ihre Meinung sind bekannt. Es muss der Volkswille vertreten werden. Das Volk hat klar entschieden, es hat bestimmt, beim bisherigen Steuerfuss bleiben zu wollen. Dies muss einfach so akzeptiert werden. Jetzt muss die Zukunft gestaltet werden, das bedeutet, man muss sich einbringen in das Budget 2014. Für dieses Jahr ist der Fall erledigt. Es ist schade, denn vieles hat das Stimmvolk wohl aus dem Bauch heraus entschieden mit den gemachten Vorgaben, dass noch an diesem und jenem Ort gespart werden soll. Aber der Volkswille muss akzeptiert werden. Besser ist es, auf das nächste Jahr hin zu arbeiten und die Kräfte dort einzusetzen.

Hr. **Jan Bachmann**, FDP, fragt sich, ob Michael Wacker bewusst ist, was er gerade macht. Handelt es sich um seine persönliche Interpretation oder um diejenige der SP, den Volkswillen so *nicht* zu respektieren, und den Steuerfuss wieder zu erhöhen, nachdem die Verwaltung ein 2. Budget mit dem bisherigen Steuerfuss erstellt hat und in welchem Einsparungen von rund CHF 750'000.- resultieren. Es sind zurzeit Workshops in Planung, einer wurde bereits durchgeführt. Man kann auch über allfällige Steuererhöhungen in Zukunft diskutieren. Jetzt ist aber definitiv der falsche Zeitpunkt, den Steuerfuss noch heraufzusetzen. Die Mindereinnahmen sind nun auch bekannt, nachdem das Volk das 1. Budget abgelehnt hat. Aber wie die Vorrednerin bereits richtig ausgeführt hat, kann momentan keine Änderung mehr erfolgen. Die FDP ist auch nicht glücklich mit diesem Budget und auch nicht damit, wie die Zukunft mit diesem Steuerfuss und den jetzigen Ausgaben aussehen wird. Es müssen Änderungen gemacht werden. Aber wenn der Einwohnerrat den Antrag mit dem Steuerfuss von 106 % annimmt, dann wird die Verwaltung vorgeführt und der Einwohnerrat selber als Vertreter des Volkes wird vorgeführt. Aber in erster Linie wird dann das Volk an der Nase herumgeführt. Wenn dieser Antrag jetzt angenommen wird, kann der Rat nicht noch unglaubwürdiger werden. Wie bereits erwähnt, ist man bereit, über Steuererhöhungen zu diskutieren. Aber erst wenn das Fundament solide ist und nicht Wünsche und Träume erfüllt werden sollen, sondern erst dann, wenn sie unumgänglich sind für das Wohl der Stadt Zofingen. Zum aktuellen Zeitpunkt ist es wichtig, dass Zofingen überhaupt ein Budget hat und die Verwaltung arbeiten und zur Tagesordnung zurückfinden kann. Es ist wichtig, dass der Betrieb jetzt wieder aufgenommen werden kann. Dieser soll nicht behindert werden, darum soll konstruktiv, innovativ und zielorientiert gearbeitet werden, damit der Betrieb wieder in geordnete Bahnen geführt werden kann. Und noch eine Bemerkung zu Michael Wacker: Der Wagen soll nicht an die Wand gefahren werden, der Wagen soll leichter werden, damit er vor der Wand noch gewendet werden kann.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen. Der **Vorsitzende** lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. In Abänderung der Beschlüsse des Einwohnerrates vom 12. März 2001 betreffend Einlage des Überschusses aus den Parkierungsgebühren in den Spezialfonds Parkplätze und vom 25. Oktober 2004 betreffend Limitierung der Einlage auf CHF 200'000.- pro Jahr ab dem Jahr 2005 sei der Sistierung der Einlage in den Parkgebührenfonds im Jahr 2013 zuzustimmen.



**Der stadträtliche Antrag wird mit 36:0 Stimmen gutgeheissen.**

Es soll nun der stadträtliche Antrag 2 dem geänderten Antrag von Michael Wacker gegenüber gestellt werden.

Hr. **Michael Wacker**, SP, zieht seinen Antrag zurück. Er gibt dem Rat jedoch eindringlich mit, sich bewusst zu sein, dass ab 2014 CHF 4 Mio. bis CHF 5 Mio. zwingend generiert werden müssen. Das muss auch der Bevölkerung klar kommuniziert werden.

2. Der überarbeitete Voranschlag 2013 der Laufenden Rechnung mit einem unveränderten Steuerfuss von 102 % und der Investitionsvoranschlag 2013 der Einwohnergemeinde seien zu genehmigen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 25:6 Stimmen zugestimmt.**

3. Von den Investitions- und Finanzplänen 2013 – 2017 sei Kenntnis zu nehmen.

**Der stadträtliche Antrag wird mit 32:1 Stimmen gutgeheissen.**

Art. 135

#### **GK 149**

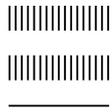
#### **Abwasserbeseitigung – Bewilligung eines Rahmenkredites 2013 für die Sanierung von Abwasserleitungen (Umsetzung GEP)**

Hr. **Michael Wacker**, SP, Sprecher der FGPK, meint, es sei schwierig, etwas zu diesem Geschäft zu sagen, da die Gefahr bestehe, dass seine Ausführungen länger dauern könnten als die Beratungen in der FGPK. Mit dem GEP hat man ein Werkzeug in der Hand, welches klar aufzeigt, was kommt. Dazu gab es in der FGPK keine Diskussionen. Im Gegenteil, es wurde gelobt, dass es sich dabei um ein gutes Werkzeug handelt, welches durch alle Instanzen abgesegnet wurde. Trotzdem ergaben sich zwei, drei Fragen. Einerseits wurde thematisiert, ob man im Plan liegt und wann die zweiten Prioritätsstufen abgeschlossen sind. Es wurde versichert, dass alles planmässig läuft. Aber es gibt natürlich einige Sachen, die im jetzigen GEP nicht enthalten sind, weil diese noch nicht bekannt waren oder sie nicht aufgenommen wurden. Dabei handelt es sich um einen Teil im Mühlethal sowie die ganze Thematik der Hausanschlüsse. Andererseits tauchte die Frage auf, ob mit einer Teuerung gerechnet werden muss, da die Offerten aus dem Jahr 2011 stammen. Dies wurde dahingehend beantwortet, dass mit einer kleinen Teuerung im Rahmen der Preiserhöhungen, insbesondere vom verbauten Material, gerechnet werden muss. Die FGPK empfiehlt das Geschäft einstimmig mit 8:0 Stimmen zur Annahme.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Hr. **Urs Plüss**, DYM/EVP, bestätigt, dass die Prüfung des Geschäftes nicht viel zu reden gab. Auch auf die Gefahr hin, dass wieder Vorwürfe laut werden, man folge immer dem Stadtammann, muss gesagt werden, dass die Fraktion dem Antrag Folge leistet.

Auch Hr. **Benjamin Gut**, SP, will sich nicht allzu ausführlich äussern. Es gibt keine Gründe, anzunehmen, die Sanierungsmassnahmen seien nicht absolut nötig. Man hat sich damit befasst und



findet die Ausgaben für richtig und nachhaltig. Er bedankt sich bei den Personen, die daran gearbeitet und eine fachlich gut begründete Meinung abgegeben haben.

Hr. **Jan Bachmann**, FDP, teilt mit, dass es der FDP-Fraktion nach Prüfung des Geschäfts nur logisch erscheint, den zweiten Teil des dreiteiligen Projektes mit dem GEP ebenfalls auszuführen. Damit kann ein Grundbedürfnis der Bevölkerung sichergestellt und der Betrieb der Kanalisation aufrecht erhalten werden.

Hr. **Markus Gfeller**, SVP, erklärt, dass auch seine Fraktion diesem Geschäft zustimmen wird.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Detailberatung.

Das Wort wird nicht gewünscht. Der **Präsident** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Sanierung der Abwasserleitungen (Umsetzung GEP, Projekte 2013) sei zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ein Bruttokredit von CHF 695'000.- (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.**

## Art. 136

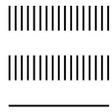
### Umfrage

#### Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Hr. **Michael Wacker**, SP, ist von verschiedenen Personen zum Thema Verkehr und Tempo in der Altstadt angesprochen worden. Es wurde bemängelt, dass die Geschwindigkeitstafeln schlecht oder gar nicht sichtbar sind, die auf das Tempolimit von 30 km/h in der Altstadt hinweisen. Ob es nicht eine einfachere Lösung gibt, indem z.B. bei jedem Stadteingang eine Markierung „30“ am Boden aufgemalt wird. Das ist eigentlich auch die konkrete Frage. Er hat den interessierten Personen bereits angedeutet, dass es wohl schwierig sein dürfte, genaue Zahlen zu eruieren, ob in der Altstadt 30, 50 oder 90 km/h gefahren wird. 90 km/h werden es wohl eher selten sein. Da er selber in der Altstadt wohnt und mit der Thematik vertraut ist, baut er die Frage noch aus. Er stellt fest, dass Tempo 30 auf dem Kopfsteinpflaster laut tönt. Das hört man einfach und dadurch empfindet es die Bevölkerung wohl als fahren mit hoher Geschwindigkeit. Erfolgten bereits Überlegungen punkto Verkehrsregime in der Altstadt, damit eine andere Aufgleisung möglich wäre?

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, stellt fest, dass sich grundsätzlich zwei Fragen stellen. Nämlich: Sieht man die Signale und berücksichtigt man diese dann auch? Man ist der Ansicht, dass die Problematik der Zone 30 weniger gross ist als diejenige der Fussgängerzone. Da er von seinem Büro aus beobachten kann, wie die Fussgängerzone beachtet oder eben nicht beachtet wird, hat er grosse Angst, dass einmal ein Kind, welches sich dort bewegt – wie in einer Fussgängerzone ja auch üblich – überfahren werden könnte. Es ist nicht zu hoffen, dass so etwas passiert. Aber es ist doch wichtig, dass die Disziplin der Autofahrer diesbezüglich stimmt. Der Auftrag bzw. die Anregung wird



gerne entgegen genommen, aber man wird gleichzeitig auch noch zwei bis drei andere Punkte prüfen, um feststellen zu können, ob die Signale wirklich so schlecht aufgestellt sind. Er führt als Beispiel das Parkieren auf dem Kirchplatz an. Wenn man unmittelbar beim Signal Fussgängerzone sein Auto abstellt und sich beinahe den Kopf am Signal stösst, danach aber trotzdem direkt via Fussgängerzone wegfährt, ist es wohl nicht, weil die Signalisation schlecht sichtbar ist. Evtl. kennt man dieses Signal einfach nicht. Die Anregung wird jedenfalls geprüft, aber wahrscheinlich ist es nicht damit erledigt, dass lediglich eine Markierung „30“ angebracht wird. Zudem ist bereits geplant, in der neuen Legislaturperiode das Verkehrsregime in der Altstadt einer eingehenden Überprüfung zu unterziehen. Das ist eines der fixierten Ziele. Alle direkt Beteiligten sollen beigezogen werden, damit geklärt werden kann, ob man den richtigen Weg beim rollenden Verkehr einschlägt. In diesem Zusammenhang wird natürlich auch geprüft, ob die Signalisationen korrekt sind.

Der **Ratspräsident** schliesst die Umfrage.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass auch der Einwohnerrat seine Sparmassnahmen für das Jahr 2013 mitbekommt. Es wird auf die Mai-Sitzung verzichtet; diese fällt also aus. Die nächste Einwohnerratssitzung findet daher am 24. Juni 2013 statt.

Der **Präsident** bedankt sich bei den Referenten für die abgegebenen Voten und wünscht allen Ratsmitgliedern und ihren Familien frohe Ostern. Er schliesst die Sitzung um 20.17 Uhr.

Für getreues Protokoll:

Thomas Bühler  
Ratspräsident

Arthur Senn  
Protokollführer